

Prävention gegen Islamismus

Landesregierung setzt auf Zusammenarbeit mit muslimischen Verbänden / Expertentagung in Osnabrück

Die Landesregierung will mit einem neuen Konzept junge Menschen in Niedersachsen vor dem Einfluss von Islamismus schützen. Die Regierung will dabei stärker mit den Islamverbänden zusammenarbeiten. Dieses Wochenende treffen sich Islamismusexperten in Osnabrück.

VON JAN RAUDSZUS

Hannover. Die Zahl der Islamisten in Deutschland steigt. Der Verfassungsschutz berichtet über rund 300 Menschen allein in Niedersachsen, die sich den Salafisten angeschlossen haben – einer schnell wachsenden Bewegung, die den Islam radikal interpretiert. Seit Monaten steigt die Zahl von jungen Islamisten, die auch aus Niedersachsen nach Syrien reisen, um dort gegen die Regierung von Baschar al-Assad zu kämpfen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hat die Landesregierung ein neues Präventionsprogramm beschlossen, das junge Menschen vor islamistischen Einflüssen schützen soll. Ein Konzept mit Vorschichte: Bis Sommer vergangenen Jahres galt noch der Plan, den der ehemalige niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (CDU) entworfen hatte. Schünemanns Konzept schlug viel Kritik ent-

gegen. Insbesondere eine Checkliste zur Erkennung mutmaßlicher Extremisten sorgte für Unmut unter den Muslimen in Niedersachsen, die sich kriminalisiert fühlten. Das Vertrauen zwischen Minister und Islamverbänden galt als gestört. Schünemann-Nachfolger Boris Pistorius (SPD) verwarf im Sommer 2013 das Konzept seines Vorgängers. Ein neuer Plan musste her.

Dem neuen Präventionsprogramm zufolge, soll die Polizei weiterhin für die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus zuständig sein. Dabei kooperiert sie mit anderen Landesbehörden. Der Verfassungsschutz, der von der alten Landesregierung mit Aufgaben der politischen Bildung unter anderem für Lehrer und Schüler beauftragt worden war, soll in Zukunft nur noch Informationen über extremistische Gruppen bereitstellen und Informationsveranstaltungen anbieten.

Darüber hinaus plant die Landesregierung eine zivilgesellschaftliche Arbeitsstelle, die Jugendliche muslimischen Glaubens vor einer Radikalisierung durch islamistische Einflüsse schützen soll. Ihre Arbeit soll auf einem Konzept beruhen, das das Ministerium und die Islamverbände zusammen erarbeiten. Ähnliche Arbeitsstellen gibt es unter anderem in Bremen und Nordrhein-Westfalen. Dort sind freie Trä-

ger aktiv. In Bremen berät zum Beispiel der Verein für akzeptierende Jugendarbeit (Vaja) Eltern und Angehörige von Jugendlichen, die sich islamistischen Ideen zuwenden. Wie die Arbeitsstelle in Niedersachsen aussehen wird, steht noch nicht fest. Sie soll aber zum Verantwortungsbereich des Sozialministeriums gehören.

CDU kritisiert Reformtempo

Angelika Jahns, innenpolitische Sprecherin der CDU im niedersächsischen Landtag kritisiert, dass es nicht voran gehe: „Es wird viel angekündigt, aber wenig Konkretes getan“. Außerdem fühlt sie sich schlecht über das Vorgehen der Regierung informiert. Avni Altiner, Vorsitzender des Islamverbandes Shura Niedersachsen sagt, die Landesregierung habe mit ihm bisher keinen Kontakt aufgenommen: „Wir haben bisher auch nur die Ankündigung gehört.“ Er begrüße, dass die Arbeitsstelle in Absprache mit den Islamverbänden aufgebaut werden solle. „Wir gehen offen, aber ohne konkrete Erwartung in solche Gespräche“, sagt Altiner. Eine Sprecherin des Sozialministeriums sagt, es gebe noch keinen Termin für ein erstes Treffen. Es sei aber geplant, im Laufe des Jahres gemeinsam mit den Islamverbänden die Grundlagen für die Arbeitsstelle festzulegen.

Ulrich Watermann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, erklärt, warum aus seiner Sicht die Umstrukturierung der Präventionsarbeit nur langsam vorankommt: „Die saubere Trennung zwischen Aufgaben der Sicherheits- und Sozialbehörden muss wiederhergestellt werden. Das dauert eine Weile“. Er betont, der Verfassungsschutz müsse zu den eigentlichen Sicherheitsaufgaben zurückkehren. Allerdings dürften erfolgreiche Projekte gegen Extremismus nicht plötzlich abgebrochen werden. Zur Kritik am Vorgehen der Regierung sagt Watermann: „Es ist logisch, dass sie sich beschweren. Die CDU hält das Vorgehen des ehemaligen Innenministers Schünemann immer noch für richtig.“

Am Wochenende treffen sich an der Universität Osnabrück Islamismusexperten, um über Radikalisierung und Gegenstrategien zu diskutieren. Einer von ihnen ist Michael Kiefer, der in Osnabrück zu diesen Themen forscht. Er fordert mehr Geld für Präventionsprogramme. Der geplanten Arbeitsstelle würde Kiefer eine Beratungsfunktion geben. Ein freier Träger sei die beste Wahl: „Der wird von den Betroffenen und ihren Familien besser akzeptiert. Bei staatlichen Stellen befürchten sie, dass Informationen an Sicherheitsbehörden gegeben werden“, sagt Kiefer.